Schutz des kirchlichen Kulturerbes vor den Kirchen?¹

|| Geld oder Buch? † Zur Zukunft historischer Bibliotheksbestände

Reinhard Mußgnug

I.

Die historischen und bibliophilen Bestände der kirchlichen Bibliotheken gehören mit zu dem Kulturerbe, das bei den Kirchen im Laufe ihrer langen Geschichte zusammengekommen ist. Dieses Erbe verpflichtet. Mit ihm ist den Kirchen ein wichtiges Nebenamt zugefallen. Ihr Kunst- und Kulturbesitz weist ihnen die Rolle von Mitverwaltern des nationalen Kulturerbes zu. Wollten sich die Kirchen dieser Rolle entziehen, so räumten sie die historisch und soziologisch wohl fundierte Sonderstellung in Staat und Gesellschaft, die sie vor den übrigen Religionsgesellschaften auszeichnet. Es schwände der Respekt, den die Kirchen als eines der Fundamente der abendländischen Kultur auch bei denen genießen, die ihnen fern stehen. Die Kirchen stünden da wie der Hausvater, der das Tafelsilber verkauft.

Der Verkauf des Tafelsilbers erscheint vertretbar, wenn eine Notlage ihn erzwingt, in der Wichtigeres auf dem Spiel steht als die familiären Statussymbole. Für den öffentlichen Kulturbesitz, den kirchlichen eingeschlossen, gilt diese Rechtfertigung jedoch partout nicht! Für den öffentlichen Kulturbesitz besitzt das Unveräußerlichkeits-Postulat – anders als beim privaten Kulturbesitz, für den das Tafelsilber *pars pro toto* steht – mehr als nur das Gewicht einer Regel, die Ausnahmen duldet; hier beansprucht es die rigide Verbindlichkeit eines kategorischen Imperativs.

Auch das bedeutet zwar kein totales Veräußerungsverbot. Den öffentlichen und kirchlichen Sammlungen ist der Verkauf von Dubletten ebenso gestattet, wie das behutsame Arrondieren ihrer Bestände und das „Abstoßen“ minder bedeutsamer Stücke, um aus dem Erlös die Erhaltung und Mehrung der vordringlich wichtigen Schätze zu finanzieren. Dagegen anzurennen wäre töricht. Es kommt allein – dafür aber um so mehr – darauf

¹ Vortrag, gehalten im Rahmen des Kolloquiums „Geld oder Buch? – Zur Zukunft historischer Bibliotheksbestände“ der EKD in Verbindung mit dem Verband kirchlich-wissenschaftlicher Bibliotheken, der Arbeitsgemeinschaft katholisch-theologischer Bibliotheken und der Niedersächsischen Landesbibliothek am 28. April 2003 in Hannover

an, den unverzichtbaren Kernbestand des nationalen und mit ihm des kirchlichen Kulturerbes gegen alle Verluste durch Verkäufe oder Vernachlässigung abzuschotten.

Die exakte Definition dieses unantastbaren, schlechterdings unverkäuflichen Kerns bereitet Kopfzerbrechen, zumal bei ihr nicht nur die Qualität des jeweils zu beurteilenden Gegenstands eine Rolle spielt, sondern auch bedacht sein will, an wen und zu welchen Bedingungen er weggegeben werden soll. Es macht schließlich einen Unterschied, ob eine Bibliothek, deren fachkundige Pflege die Kirche nicht mehr gewährleisten kann, einer benachbarten Staats- oder Universitätsbibliothek anvertraut werden soll, die sie beieinander halten und gewissenhaft pflegen wird, oder ob diese Bibliothek zerstückelt und zum Verkauf ohne Wiederkehr auf den Antiquariatsmarkt geworfen werden soll. Aber das ist ein Thema für sich. Mein Thema ist das grundsätzliche Verbot, den Gesamtbestand des nationalen Kulturerbes – den kirchlichen Teil eingeschlossen – durch Veräußerung zu schmälern.

II.

Dieses prinzipielle Verbot steht so gut wie außer Streit. Wer es in Zweifel zieht, gesellt sich den Banausen hinzu, die auch in der Version der frommen Banausen schlechte Ratgeber sind. Ebenso sicher ist, dass die Bewahrung des kirchlichen Kulturbesitzes keine ausschließlich den Kirchen anvertraute Aufgabe ist, die den Staat nichts angeht. Das kirchliche Kulturerbe ist ein wichtiger Teil des nationalen Kulturerbes. Was von ihm verloren geht, geht nicht nur der Kirche verloren. Sein Verlust trifft die Nation in ihrer Gesamtheit. Drum beteiligt sich der Staat an den Kosten der kirchlichen Kulturgutpflege. Diese staatliche Hilfe hat ihre guten Gründe, aber auch ihre Kehrseite: Weil die Erhaltung des kirchlichen Kulturguts eine Gemeinschaftsaufgabe von Kirche und Staat ist, kann der Staat von den Kirchen die gewissenhafte Erfüllung des Teils fordern, der ihnen zur Last fällt. Das erwartet der Staat auch von den kaum minder autonomen kommunalen Gebietskörperschaften. Mit dem gleichen Recht darf er es von den Kirchen erwarten.

Das berührt einen heiklen, sehr spannungsträchtigen Punkt im Verhältnis zwischen Staat und Kirche, der eine klare, bundesweit einheitliche gesetzliche Regelung verdiente, die deutlich über das hinausgreift, was in den dem Landesrecht zugeordneten Konkordaten und Kirchenverträgen über die kirchliche Kulturgutpflege vereinbart zu werden pflegt. Um so mehr verwundert, dass – jedenfalls im deutschen Recht – nirgendwo eine solche gesetzliche Regelung zu finden ist.

1. Das wollte das Bundesinnenministerium 1997 mit einer Novellierung des „Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturguts gegen Abwanderung“ ändern². Dieses Gesetz aus dem Jahr 1955³ stellt nur das Kulturgut im Privatbesitz unter Schutz. Die Novelle wollte auch das öffentliche Kulturgut schützen, zu dem sie auch das Kulturgut im kirchlichen Besitz rechnete. Sie sah unter anderem einen Paragraphen vor, der die profanen wie die kirchlichen Träger öffentlichen Kulturguts verpflichtet hätte, den unter ihrer Verwaltung stehenden Kunst- und Kulturbesitz „als nationales Kulturerbe zu erhalten“.

Diese Vorschrift hätte ein für allemal dem Irrtum vorgebeugt, das nationale Kulturerbe könne bankrotten Bundesländern, heruntergewirtschafteten Kommunen und – sit venia verbo – kassenschwachen Kirchen als eine Art stille Reserve aus ihren finanziellen Verlegenheiten helfen. Er hätte auch eine Grundlage für aufsichtsbehördliche Schritte geboten. Denn er hätte verdeutlicht, dass die Erhaltung des nationalen Kulturerbes nicht nur einem Gebot der (mitunter aussetzenden) politischen Vernunft entspricht, sondern eine kraft Gesetzes geschuldete Pflicht darstellt, zu deren Erfüllung die Kommunalaufsicht widerstrebende Städte und Gemeinden, die Bundesaufsicht unwillige Länder und – wenn es denn sein muss – die staatliche Rechtsaufsicht auch die Kirchen mit den erforderlichen Ge- und Verboten hätte anhalten können.

Die Novellierung des KgSchG ist jedoch an einem Missverständnis gescheitert, das sich auf ein im Grunde harmloses, dank einer schlecht formulierten und noch schlechter ins Deutsche übersetzten brüsseler Richtlinie aber auf ein kaum zu durchschauendes Detail bezog. Seinetwegen und wegen des Zeitdrucks, unter den die Bundesregierung mit der Umsetzung der erwähnten Richtlinie geraten war, musste das Innenministerium seinen Entwurf zurückziehen. Es fand bei einem Gesetzestorso sein Bewenden. Der dringend gebotene Schutz des öffentlichen Kulturguts blieb einmal mehr auf der Strecke. Wir müssen uns weiterhin mit dem hoffnungslos veralteten „Gesetz zum Schutze deutschen Kulturguts gegen Abwanderung“ aus dem Jahre 1955 herumschlagen.

Das KgSchG bietet – wie schon sein Name sagt – lediglich Handhaben gegen den Verkauf von Kulturgut ins Ausland. Dem Verkauf im Inland legt es keine Hindernisse in den Weg. Den Kulturbesitz der öffentlichen Hand und der Kirchen bewahrt es noch nicht einmal davor, außer Landes geschafft

² Zu ihr Näheres bei Mußgnug, Die deutsche Renitenz gegen das Kulturgutrecht der EG, in der Zeitschrift „Europarecht“, 2000, S. 564–591

³ Nunmehr gültig in der Fassung einer Neu-Bekanntmachung vom 8. Juli 1999, BGBl. I S. 1754

zu werden. Ihn klammert es kurz angebunden aus seinem Anwendungsbereich aus.

Für den staatlichen Kulturbesitz ergibt sich das aus § 18 KgSchG. Er lautet: „Dieses Gesetz findet auf das im öffentlichen Eigentum befindliche national wertvolle Kulturgut und Archivgut keine Anwendung, soweit zu dessen Veräußerung nur oberste Bundes- oder Landesbehörden befugt sind oder nach besonderen gesetzlichen Vorschriften die Genehmigung einer Aufsicht führenden Stelle der öffentlichen Verwaltung erforderlich ist.“

Der zweite, mit dem Wort „soweit“ beginnende Halbsatz dieses Paragraphen fällt nicht ins Gewicht. Das Haushaltsrecht und die Dienstreglements für die staatlichen Museen und Archive stellen sicher, dass allenfalls evident unbedenkliche Bagatellverkäufe ohne Beteiligung der zuständigen Aufsichtsbehörde abgewickelt werden dürfen. Das KgSchG findet daher nur auf das kommunale Kulturgut Anwendung. Dieses kann durch Eintragung in ein „Verzeichnis des national wertvollen Kulturgutes“ unter ein Exportverbot gestellt werden. Ein Verbot des Verkaufs im Inland sieht das KgSchG auch für das kommunale Kulturgut nicht vor.

Für das kirchliche Kulturgut gilt präter propter das Gleiche. § 19 KgSchG schließt seine staatliche Unterschutzstellung aus, wenn „durch eigene öffentlich-rechtliche Vorschriften die Veräußerung ... von der Genehmigung einer Aufsicht führenden kirchlichen Stelle oder auf Grund gesetzlicher Vorschriften von der Genehmigung einer staatlichen Stelle abhängig gemacht worden ist. Jedoch muss vor der Entscheidung über die Veräußerungsgenehmigung eine sachverständige Stelle unter den Gesichtspunkten dieses Gesetzes gehört werden.“

Soll kirchliches Kulturgut ins Ausland verbracht werden, so genügt mit anderen Worten die auf dem innerkirchlichen Dienstweg einzuholende Genehmigung. Was das Landeskirchenamt oder das bischöfliche Ordinariat nach Anhörung der von ihm auszuwählenden „sachverständigen Stelle“ genehmigt, geht daher in Ordnung, und zwar auch dann, wenn das Votum dieser Stelle nur zur Kenntnis genommen, aber nicht befolgt wird.

2. So viel zum Bundesrecht. Im Landesrecht sehen die Dinge besser aus. Das Landesrecht ergänzt das KgSchG durch Denkmalschutzgesetze, die tiefer in die Einzelheiten einsteigen und keineswegs nur für Baudenkmäler gelten, sondern auch das bewegliche Kulturgut erfassen. Ob immobilien- oder mobilienrechtlich spielt für den landesrechtlichen Denkmalbegriff daher keine Rolle. Den Ausschlag gibt, ob an der Erhaltung eines Gegenstands „ein wissenschaftlich, künstlerisch oder heimatgeschichtlich begründetes öffentliches Interesse“ besteht. Ist das bei einer „Sache oder einer Sachgesamtheit“

der Fall, so hat sie ihr Eigentümer oder Besitzer „im Rahmen des Zumutbaren zu erhalten und pfleglich zu behandeln“⁴.

Auch das Landesrecht verbietet das Zerstören, Beseitigen oder Versilbern von Kulturgut freilich nicht gänzlich. Es stellt beides nur unter ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt⁵. Selbst das gilt nur für die unbeweglichen Kulturgüter, deren Abbruch oder Umbau im Rahmen der baupolizeilichen Kontrolle auch unter dem Aspekt des Denkmalschutzes überwacht wird. Für die Weggabe beweglicher Kulturgüter ist die Genehmigung des Denkmalschutzamts dagegen nur erforderlich, „wenn sie allgemein sichtbar oder zugänglich sind“, was die Bücher im Raritätenkabinett privater, staatlicher oder kirchlicher Bibliotheken eindeutig nicht sind. Also bleiben sie dem Gutdünken ihrer Eigentümer und Verwalter überlassen.

Diese Großzügigkeit endet jedoch abrupt, wenn eine Bibliothek oder ein bestimmtes Buch in das Denkmalsbuch des für seinen Belegenheitsort zuständigen Bundeslandes eingetragen wird. Das ist bei Kulturgütern von „besonderer Bedeutung“ möglich⁶. Mit der Unterstellung dieser „besonderen Bedeutung“ sind die Denkmalämter bei Baudenkmalern rasch bei der Hand. Beim unbeweglichen Kulturgut dämpfen die Denkmalschutzgesetze ihren mitunter bis zur Eintragungswut ansteigenden Eifer dagegen nachhaltig. In Baden-Württemberg verlangt das Denkmalschutzgesetz bei beweglichen Sachen die Qualität eines „national wertvollen Kulturguts“. Die Eintragung kommt also bei beweglichen Gegenständen nur in Betracht, wenn sie exzeptionellen, deutlich mehr als nur lokalgeschichtlichen Rang aufweisen. Alte Pfarrbibliotheken, wie sie überall anzutreffen sind, haben keine Chance, ins Denkmalsbuch aufgenommen zu werden. Enthalten sie frühe Drucke oder gar Zeugnisse der Reformationsgeschichte, und sei es auch „nur“ der lokalen, eine repräsentative Sammlung von Streitschriften aus der Kirchenkampfzeit des 19. Jahrhunderts, Dokumente der Bekennenden Kirche, über lange Jahre hinweg mit Sorgfalt geführte Pfarrchroniken, Predigtsammlungen oder dergleichen mehr, so erreichen sie die Eintragungsschwelle aber durchaus.

⁴ So die §§ 2 und 6 des baden-württembergischen Denkmalschutzgesetzes i. d. F. v. 6. 12. 1983 (GBl. S. 797); vergleichbare Vorschriften gelten in allen Bundesländern.

⁵ 8 bw DenkmSchG:

(1) Ein Kulturdenkmal darf nur mit Genehmigung der Denkmalschutzbehörde

1. zerstört oder beseitigt werden,

2. in seinem Erscheinungsbild beeinträchtigt werden oder

3. aus seiner Umgebung entfernt werden, soweit diese für den Denkmalwert von wesentlicher Bedeutung ist.

(2) Dies gilt für bewegliche Kulturdenkmale nur, wenn sie allgemein sichtbar oder zugänglich sind.

⁶ §§ 12 ff. bw DenkmSchG

Dann steht der Eintragung auch keine „Kirchenklausel“ im Wege. Denn die Kirchenklauseln, die sich auch in den Denkmalschutzgesetzen der Länder finden, beschränken sich – so die baden-württembergische Version – auf Gegenstände, die „dem Gottesdienst dienen“, also auf die Kirchengebäude, ihren sakralen Bilderschmuck, das Altargerät oder, etwas vergrößert ausgedrückt, auf das, was in der Kirche selbst und in der Sakristei aufbewahrt wird. Bibliotheksgut dagegen dient dem Gottesdienst allenfalls mittelbar. Ist eine kirchliche Bibliothek kultur-, kirchen- oder allgemein historisch besonders wertvoll, so liegt ihre Eintragung in das Denkmalsbuch daher im Bereich des Möglichen.

Die Eintragung macht das eingetragene Objekt zur *res extra commercium*. Es darf nicht „in seiner Substanz verändert werden“. Mit der Eintragung kann auch das Verbot verbunden werden, das eingetragene Objekt ohne vorherige Genehmigung der Denkmalschutzbehörde von seinem angestammten Aufbewahrungsort zu entfernen. Ein Veräußerungsverbot sehen die Denkmalschutzgesetze allerdings nicht vor. Aber die Eintragung ruht auf dem eingetragenen Objekt wie eine Hypothek. Wird eingetragenes Kulturgut verkauft, so wechselt es daher zwar seinen Eigentümer, aber auch der neue Eigentümer muss es dort belassen, wo es ist. Handelt es sich um eine Bibliothek, so muss er sie ebenso beieinander halten und für ihre gewissenhafte Pflege gerade stehen, wie der Voreigentümer. Vernachlässigt er diese Pflichten, so drohen harte Sanktionen. Das eingetragene Kulturgut ist also nur *de iure* veräußerbar. *De facto* findet es keinen Käufer, jedenfalls keinen solchen, der den für frei disponibles Kulturgut üblichen Preis zahlt.

III.

1. Die Eintragung in das Denkmalsbuch scheint also das Mittel der Wahl zu sein, wenn rufbar wird, dass eine Landeskirche, ein Kloster, eine Kirchengemeinde eine historisch wertvolle Bibliothek aufzulösen gedenkt. Mit der Eintragung lässt sich jedenfalls zuverlässig erreichen, was der Titel dieses Beitrags etwas reißerisch als den „Schutz des kirchlichen Kulturguts vor der Kirche“ bezeichnet.

Aber ist diese Art von Schutz erstrebenswert? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen.

Die Eintragung in das staatliche Denkmalsbuch ist der kultur- und staatskirchenrechtliche Vorschlaghammer. Sie bietet sich, wenn überhaupt, so nur für Horrorszenarien an, wie sie sich in der konkreten Wirklichkeit kaum je einstellen werden. Dass ein Kloster seine mittelalterliche Handschriftensammlung, eine Pfarrkirche ihr gotisches Taufbecken, ein Priesterseminar seine in langer Zeit zusammengetragene Studienbibliothek klammheimlich

ins Ausland verscherbelt, ist eher unwahrscheinlich. Legen widrige Umstände einen solchen Notverkauf nahe, so suchen sie nach anderen Auswegen. Statt an einen Verkauf in private Hand denken sie an eine durch Sponsorgelder finanzierte Verlagerung in ein inländisches Museum, eine Staatsbibliothek oder dergleichen. Sehr viel mehr bleibt gar nicht übrig. Denn der lukrative Verkauf auf dem Weltmarkt setzt dank einer vor 10 Jahren in Kraft getretenen EG-Verordnung⁷ eine Ausfuhrgenehmigung voraus, die bei wirklich wichtigen Stücken mit einer „Last-Minute-Eintragung“ abgeblockt werden wird.

Um sicherzustellen, dass es dabei sein Bewenden finden wird, braucht man die Eintragung nicht. Sie erfüllt ihren Zweck vollauf, wenn sie als Drohpotential im Hintergrund steht, sobald es gilt, übereilte, irreversible Schritte zu stoppen oder mangelnder Kompromissbereitschaft abzuwehren. Zum realen Einsatz indessen taugt die Eintragung nur, wenn das Verhältnis zwischen Kirche und Staat so sehr zerrüttet ist, dass es auf eine Eskalation mehr oder weniger nicht mehr ankommt. Aber das ist – wie gesagt – ein eher unwahrscheinliches Horrorszenarium.

Die Landesregierungen werden immer eine gütliche Einigung mit den Kirchen anstreben. Solange keine hoch prominenten Kunstgegenstände auf dem Spiel stehen, werden sie noch nicht einmal das tun. Sie werden statt dessen den Weg des geringsten Widerstands einschlagen. Ist eine theologisch, kirchen- oder kunsthistorisch wichtige Bibliothek betroffen, so werden sie den nicht immer überzeugenden, aber stets vertretbaren Standpunkt beziehen, es handle sich um Kulturgut von Wichtigkeit ausschließlich für die betreffende Kirche und ihre Glieder, aber nicht um solches von gesamtstaatlicher Unverzichtbarkeit. Mit dieser Begründung werden sie sich aus der Sache heraushalten, die Verantwortung der Kirche zuschieben und bei einem eventuellen Ausverkauf der kirchlichen Bibliotheken zu allem Überfluss auch noch kräftig mitspielen, indem sie versuchen werden, die Gustostücke für die staatlichen Bibliotheken aufzukaufen.

2. Zur Eintragung kirchlicher Bibliotheken wird es daher lediglich kommen, wenn die Kirchen sie selbst ausdrücklich beantragen. Solche „Eintragungen auf Wunsch“ sehen sowohl das KgSchG des Bundes⁸ als auch

⁷ Verordnung (EWG) Nr. 3911/92 des Rates vom 9. Dezember 1992 über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl. L 395 v. 31/12/1992) i.d.F. der VO Nr. 2469/96 v. 16. Dezember 1996 (ABl. L 335 v. 24/12/1996, 9)

⁸ § 18 Abs. 2: „Die Kirchen und die als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannten Religionsgemeinschaften können in ihrem Eigentum stehende Kunstwerke und anderes Kulturgut im Sinne dieses Gesetzes zur Aufnahme in das ‚Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes‘ anmelden. Über die Anmeldung entscheidet die oberste Landesbehörde nach diesem Gesetz.“

die Denkmalschutzgesetze der Länder vor. Es gibt einige Gründe, die sie nahelegen. Die Eintragung erhöht zum einen die Aussicht auf staatliche Finanzhilfen für die Pflege des eingetragenen Objekts; denn der Staat kann schwerlich einerseits mit der Eintragung den nationalen Wert des betreffenden Objekts anerkennen, andererseits aber die Kirche allein auf den Kosten seiner Erhaltung sitzen lassen. Zum anderen bringt die Eintragung einen nicht zu unterschätzenden europarechtlichen Vorteil mit sich: Seit einer 1993 in Kraft getretenen EG-Richtlinie ist illegal in einen anderen EG-Mitgliedstaat verbrachtes Kulturgut in sein Herkunftsland zurückzuschicken⁹. Für öffentliches und kirchliches Kulturgut gilt das unabhängig von seinem finanziellen Wert und seinem Alter. Es gilt jedoch nur, wenn es durch seine Eintragung in das Denkmalschutzgesetz oder das Verzeichnis national wertvollen Kulturguts förmlich unter Schutz gestellt worden ist. Lassen die Kirchen ihre Bibliotheken eintragen, so erhalten sie daher jedes ihnen entwendete Buch zurück, wenn es nach Jahr und Tag irgendwo im Gemeinschaftsgebiet wieder auftaucht.

Es empfiehlt sich daher sehr, über Eintragungsanträge für die kirchlichen Bibliotheken nachzudenken, auch wenn sie als unerwünschte Nebenwirkung die faktische Unverkäuflichkeit nicht nur des Gesamtbestandes, sondern jedes einzelnen Buches zur Folge haben werden.

3. Es gibt noch einen anderen Weg, die kirchlichen Bibliotheken vor drohendem Ausverkauf zu schützen, nämlich den, den die Kirchenkláuseln im KGSchG des Bundes und in den Denkmalschutzgesetzen der Länder weisen: Diese Kláuseln klammern das kirchliche Kulturgut nicht etwa deshalb aus dem Schutzbereich des staatlichen Rechts aus, weil sie es nicht für schutzwürdig hielten. Sie besagen lediglich, dass der staatliche Gesetzgeber auf den Schutz des Kirchenguts durch die zuständigen kirchlichen Instanzen vertraut und damit der Kirchenautonomie den verfassungsrechtlich geschuldeten Respekt zollt.

Das nimmt die Kirchen in die Pflicht und verlangt von ihnen eine präzise Regelung des Umgangs mit ihrem Kulturbesitz durch innerkirchliches Recht und auch durch entsprechende Dienstanweisungen. Diese müssen dafür Sorge tragen, dass der kirchliche Kulturbesitz lückenlos erfasst wird. Sie müssen sicherstellen, dass alle für seine Erhaltung wichtigen Entscheidungen auf zentraler Ebene und mit der nötigen Fachkunde getroffen werden. Vor allem aber sollten die Kirchen gewährleisten, dass alle über den Rahmen der laufenden Verwaltung hinausgreifenden Veräußerungen kirch-

⁹ Dazu Näheres bei Mußgnug, a. a. O. (Fn. 1) und in Hohmann/John (Hrsg.), *Ausfuhrrecht*, Kommentar, 2002, S. 1818–1879

lichen Kulturguts von einer vorherigen öffentlichen – zumindest kircheninternen öffentlichen – Diskussion abhängig gemacht werden. Ist das sichergestellt, so gewinnen die mitunter unvermeidbaren Verkäufe Publizität. Sie werden nicht übers Knie gebrochen. Wenn die Diskussion um sie über den kircheninternen Raum hinausgreift, so eröffnen sie last not least gute Chancen für angemessenere Lösungen, als sie der kultur- und kirchenpolitische Holzhammer des einseitigen staatlichen Zwangs herbeiführen kann.

Für den profanen Bereich belegen die Aufsehen erregenden Veräußerungen der Häuser Thurn und Taxis, Baden und Fürstenberg die Fruchtbarkeit solcher Diskussionen in einer breiteren Öffentlichkeit. Mit ihnen haben sich Prozeduren, Ritualien und Mechanismen eingespielt, die sich für eine Adaption durch die Kirchen eignen. M. E. ist hier der Weg zu suchen, der aus unseren Problemen herausführt. Die Holzhammermethode der denkmalschutzrechtlichen Zwangseintragung sollte nur denen gegenüber angewandt werden, die nach ihr lechzen. Es ist gut, dass der Holzhammer für diese Außenseiter bereitliegt. Für den Alltagsgebrauch eignet er sich nicht.